

AfD-Fraktion • Moltkestr. 8 • 67059 Ludwigshafen

Stadtrat Ludwigshafen

Jörg Matzat • Fraktionsvorsitz
Norbert Grimmer • Stv. Vorsitz
Andreas Hofmeister • Stv. Vorsitz
Andreas Kühner • Geschäftsführer
Oliver Sieh

Ludwigshafen, 15.12.2014

(Es gilt das gesprochene Wort)

Rede des Fraktionsvorsitzenden Jörg Matzat zum Doppelhaushalt 2015 / 2016

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Frau Dr. Lohse, Herr Feid,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtvorstandes,
werte Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates,

im Jahr 2012 ist die Stadt dem kommunalen Entschuldungsfonds beigetreten. Gerade kürzlich trat die Stadt dem Aktionsbündnis hochverschuldeter Städte, mit dem Namen „**Raus aus den Schulden - für die Würde unserer Städte**“ bei. Ziel des letztgenannten Bündnisses soll sein, Bund und Länder mit einer Resolution und weiteren Maßnahmen und Aktionen auf die finanzielle Not der Kommunen hinzuweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

an dieser Stelle erlaube ich mir die Bemerkung, dass alleine in diesem Gremium drei, bald vier **Landtagsabgeordnete** sitzen, aktuell zwei davon gehören dem Regierungslager an. Wir fragen uns ernsthaft, ob diese kein Gehör in Mainz finden, schließlich liegen vier der zehn höchstverschuldeten Städte Deutschlands in Rheinland-Pfalz. Ich bin mir sicher, auch in den anderen hochverschuldeten Kommunen sind Landtagsabgeordnete in den Stadträten zu finden.

Wenn es also eines Bündnisses bedarf, um das Land auf die Situation Ludwigshafens hinzuweisen, sind unsere Ludwigshafener Abgeordneten entweder nicht laut genug oder aber sie werden ignoriert. Wobei das eine für diese Stadt genauso fatal ist wie das andere ist.

Widmen wir uns nun kurz dem Zahlenwerk, ohne unsere Zuhörer langweilen oder gar frustrieren zu wollen:

Mit Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2015 / 2016 wird die Stadt am Ende **Schulden** in Höhe von mindestens **1,3 Milliarden Euro** aufweisen. Dies entspricht Schulden in Höhe von

über **8.000 Euro je Einwohner**. Das Defizit wird im Jahr 2015 78,4 Millionen und im Jahr 2016 74 Millionen Euro betragen.

Dies bedeutet, dass die Stadt Ludwigshafen, sollten diese Zahlen annähernd in der Zukunft die gleichen sein, spätestens im Jahr 2025 bilanziell überschuldet sein wird. Im Klartext heißt das, den völligen Verzehr des Vermögens der Stadt, jede Privatperson, jedes Unternehmen müsste an dieser Stelle **Insolvenz** anmelden. Bisher zeichnet sich jedenfalls keine grundlegende Veränderung ab, so dass man davon ausgehen kann, hier kein Horrorszenario zu entwerfen, sondern in diesem Fall leider das Eintreffen eines realistischen Ereignisses vorauszusagen.

Dies geht auch eindeutig aus dem Schreiben der kommunalen Aufsichtsbehörde der ADD zum letzten Nachtragshaushalt hervor. In dem Schreiben wird die Stadt aufgefordert, alle Möglichkeiten der Haushaltskonsolidierung vorbehaltlos auszuschöpfen, um diese drohende Überschuldung abzuwenden bzw. solange als möglich hinauszuzögern.

Mit anderen Worten heißt dass, die Stadt Ludwigshafen ist dazu verurteilt weitere Jahre des **finanziellen Siechtums** ertragen zu müssen und das Schlimme daran ist, ohne Aussicht auf irgendeine Heilung. Dies ist nach unserer Auffassung skandalös, da von kommunaler Selbstverwaltung, welche grundgesetzlich garantiert ist, angesichts dieser Tatsache wohl nicht mehr gesprochen werden kann.

Der Haushalt dieser Stadt wird zusehends lediglich zwischen Stadtverwaltung und der Aufsichtsbehörde ausgehandelt. Die politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch den Rat tendieren somit gegen Null. Die Rheinpfalz hat es mit dem Wort „**Konkursverwalter**“ treffend ausgedrückt!

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

nun zum Haushalt an sich:

Schon der Vorbericht zum Haushalt ist ernüchternd: Bei den Chancen und Risiken des Haushaltes stehen 9 genannte Risiken ganzen 2 Chancen gegenüber.

Aus Sicht der AfD-Fraktion bemerkenswert ist das im Vorbericht auch das Risiko einer weiteren Verschärfung der **Staatsschuldenkrise** aufgeführt ist. An anderer Stelle im Vorbericht werden die Eurokrise und der Reformunwille einzelner Länder in der Bewältigung dieser Krise ausdrücklich genannt. Aber dies nur als Bemerkung am Rand, da gerne so getan wird, als hätte die große Finanz- und Währungspolitik mit den Kommunen rein gar nichts zu tun. Im eigenen Vorbericht werden sie jedenfalls ausdrücklich erwähnt.

Der zur Abstimmung vorliegende Entwurf enthält viele bemerkenswerte Positionen, einige wichtige fehlen leider aus unserer Sicht auch:

Für **Asylbewerberunterkünfte** wird die Stadt in den kommenden zwei Jahren allein 11,6 Millionen Euro ausgeben, natürlich schuldenfinanziert. In diese Summe sind die zu erwartenden Sozialleistungen in Höhe von 1,4 Millionen nicht eingerechnet. Wir stehen als AfD-Fraktion uneingeschränkt zu unserer humanitären Verpflichtung, gerade aus den Krisengebieten dieser Welt, Flüchtlinge aufzunehmen. Dies kann jedoch nicht dauerhaft den städtischen Haushalt belasten. Wer auf der einen Seite Flüchtlinge aufnimmt und versorgen muss, aber auf der anderen Seite kein Geld für die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ beispielsweise für Sprachkurse, gerade für ältere Kinder hat, ja gar nicht haben darf, da die freiwilligen Leistungen keinesfalls erhöht werden dürfen, kann diesen humanitären Verpflichtungen nicht gerecht werden.

An dieser Stelle muss dringend ein **Ausgleich durch das Land und Bund** erfolgen. Wenn man davon ausgeht, dass eine hohe Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, dauerhaft hier bleibt, muss in die Sprachförderung investiert werden. **Integration heißt Spracherwerb**, nur mit der erforderlichen Sprachfertigkeit ist ein Schulerfolg als wichtigste Grundlage für das „überleben“ in unserer komplexen Gesellschaft und Arbeitswelt möglich. Hier wäre eine Initiative der Städte wünschenswert, um das Problem in das Bewusstsein höherer politischer Ebenen zu bringen.

Was wir lobenswerter Weise fraktionsübergreifend in der Schulsozialarbeit geschafft haben, muss uns auch im Bereich der Spracherziehung, des Spracherwerbs gelingen!

Ein ganz anderes Feld:

Die Ausgaben für die **Hochstraße Nord** werden 2015 / 2016 insgesamt 5,1 Millionen Euro betragen, ohne dass mit dem Neubau überhaupt begonnen wurde. Die noch durch den alten Stadtrat beschlossene Planung mit der sogenannten Vorzugsvariante „lange Stadtstraße“ mag auf den ersten Blick die billigste Lösung sein, aber wie so oft im Leben ist billig nicht gleich gut.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion wird diese Lösung, welche zum Beispiel der renommierte Verkehrsexperte, Professor Wolfgang Wirth aus München, allenfalls mit der **Schulnote 4** bewertet was Verkehrsleistung betrifft, langfristig den Verkehrsbedürfnissen von Ludwigshafen und auch der Metropolregion nicht gerecht werden. Und somit wirtschaftlich letztlich zu einer teuren Lösung werden!

Wer die lange Stadtstraße will, muss auch erklären, dass künftig täglich 40.000 Fahrzeuge ebenerdig an Häusern und Menschen vorbeirauschen werden, unterbrochen von Ampeln und damit im Stop-and-Go-Modus zu den Hauptverkehrszeiten. Eine echte Abhilfe könnte realistischer Weise nur durch eine zusätzliche **Umfahrungsmöglichkeit** für den Durchgangsverkehr im Süden der Stadt über oder unter dem Rhein geschaffen werden. Was aus unserer Sicht nach wie vor nur Vorteile für den Wirtschaftsstandort Ludwigshafen und die Metropolregion hätte und lange von der IHK Rhein Neckar und auch der CDU Mannheim

gefordert wird. Hierdurch würde sich auch die Chance verbessern die Finanzierung innerhalb der Metropolregion auf breitere Füße zu stellen, da alle etwas davon hätten.

Ein weiterer kritischer Punkt, dem Vernehmen nach, auch aus Sicht vieler Fraktionen hier, ist das Auslaufen des Projektes der **Joblotsen!** 120.000 Euro pro Jahr wären für das erfolgreiche Projekt notwendig. Obwohl in der Haushaltsrede der Oberbürgermeisterin ausdrücklich genannt, ist das Projekt derzeit schon ausgelaufen. Rund **ein Viertel der Jugendlichen** unter 15 Jahren in Ludwigshafen lebt von **Hartz 4-Leistungen**. Jeder vermittelte Ausbildungsplatz d.h. jeder hier investierte Euro ist eine Ausgabe die sich lohnt und auch mittelfristig für eine Entlastung der angespannten Sozialkassen sorgt.

Ich gebe ihnen ein Beispiel für die Dimension:

Die Stadt gibt jährlich ca. 50.000 Euro für das Hundekotmobil aus. 50.000 Euro dafür, ordnungswidrige Zustände zu beseitigen, nämlich für die Entfernung von Hundekot zu sorgen, obwohl dies die Pflicht des Hundehalters ist. Nicht viel Geld mag man meinen, aber zumindest ein Joblotse könnte hiervon schon eingestellt werden.

Antrag:

Wir stellen daher den Antrag das erfolgreiche Projekt der Joblotsen aus Haushaltsmitteln bzw. Umschichtungen im Bereich der freiwilligen Leistungen des Dezernates 3 zu finanzieren und damit zunächst eigenständig als Stadt weiterzuführen.

Die im Vergleich mit anderen Städten maßvolle Erhöhung der **Gewerbsteuer** begrüßen wir, wenn auch mit Einschränkungen. Zum einen ist zu lesen, dass die Erträge schon für Verpflichtungen aus dem neuen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag mit der TWL im Zusammenhang mit dem ÖPNV genutzt werden sollen und eben nicht voll zur Haushaltskonsolidierung zu Verfügung stehen. Zum anderen aber, weil wir das System wie die Gewerbesteuer erhoben wird, insgesamt für falsch halten. Die oft auf europäischer Ebene angeprangerte „Unart“ mit niedrigen Steuersätzen **Unternehmen anzulocken** oder wie in Ludwigshafen bei der Giuliani bzw. ICL geschehen, wegzulocken, leisten wir uns eben auch hier in Deutschland. Oftmals wird die erfolgreiche Ansiedelung von Unternehmen im lokalen Bereich aufgrund niedriger Steuersätze von den gleichen Politikern begrüßt, die gerade eben noch ein anderes europäisches Land für seine niedrigen Steuersätze kritisiert haben.

Immer wieder im Wechsel die Grundsteuer und dann wieder die Gewerbesteuer zu erhöhen, kann jedenfalls auf Dauer nicht die Lösung des Schuldenproblems dieser Stadt sein.

Ein weiterer Punkt den wir ausdrücklich unterstützen, ist die Besetzung der bisher freien Stellen beim **kommunalen Ordnungsdienst**. Eine lebenswerte und saubere Stadt kann nur mit genügend Personal in diesem Bereich erhalten bleiben.

Auch die Entscheidung letztlich doch am Landesprogramm zur Stärkung des Ehrenamtes Stichwort. „**Ehrenamtskarte**“ teilzunehmen ist ein wichtiger, wenn auch eher symbolischer Schritt, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken, welches für unsere Gesellschaft ungemein wichtig ist!

Wir erkennen insgesamt an, dass dem Stadtvorstand enge Grenzen gesetzt sind. Sparen erscheint angesichts der Aufgabenfülle kaum mehr möglich. Mit dem Projekt „Neue Ressourcensteuerung“ soll unter Einbeziehung der Beschäftigten eine Überprüfung der Strukturen und Aufgabenverteilungen angestoßen werden. Angesichts von rund 4.000 Beschäftigten und jährlichen **Personalausgaben** in Höhe von 155 Millionen Euro kommt dieser Schritt reichlich spät. Die rasante Schuldenentwicklung der Stadt hätte schon früher zur Erkenntnis führen müssen, im zweitgrößten Ausgabenkomplex des Haushaltes nach sozialverträglichen Lösungen zu suchen, um diese Ausgaben nicht neben den Schulden ebenfalls von Jahr zu Jahr erheblich steigen zu lassen. Je früher in diesem Bereich Steuerungselemente zum Einsatz kommen, so geringer die Auswirkungen auf die Beschäftigten insgesamt.

Wir erkennen uneingeschränkt die **Leistung unserer Verwaltung** an. Ein modernes System der Personalsteuerung ist in Ludwigshafen jedoch längst überfällig, auch um überlastete Bereiche frühzeitig erkennen und gegensteuern zu können. Dauerhafte Überlastungen führen nämlich wiederum langfristig zu höheren Ausgaben.

Die ADD gibt der Stadt vor, freiwillige Ausgaben, also die Ausgaben die der eigentlichen Gestaltung einer Stadt dienen, zurückzufahren. Den Bereich der sogenannten Pflichtleistungen, wie Sozialausgaben usw. erwähnt sie indes nicht oder kaum. Die AfD-Fraktion ist der Meinung, dass auch dieser Bereich zukünftig näher betrachtet werden muss. Wie eine Stadt, eine Verwaltung nämlich die **Pflichtleistung** erbringt, liegt ganz in deren Ermessen. Brauche ich beispielsweise ein oder zwei Mitarbeiter für die Erfüllung einer Aufgabe. Bisher jedenfalls sind uns keine Signale bekannt, die darauf hindeuten die im Bereich der Pflichtaufgaben schlummernden Potentiale einmal gründlich zu beleuchten.

Zu guter Letzt fordern wir die Stadt dazu auf, endlich selbst **Klage gegen das Finanzausgleichsgesetz** zu erheben und diese eben nicht nur symbolisch mitzutragen und auf einen Musterprozess zu hoffen. Niemand kann sagen, ob nicht rückwirkend nur die Kommunen Geld erhalten, welche tatsächlich geklagt haben. Eine Stadt die sich gegen Unrecht wehrt und als **Oberbürgermeisterin die künftige Präsidentin des Deutschen Städtetages** hat, kann kaum mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Deshalb meiner, unser eindringlicher Appell an Sie, Frau Dr. Lohse, nutzen Sie ihre Position und die mediale Präsenz, die sie haben und verstehen sie sich als Speerspitze aller Städte, sich für eine bessere Ausstattung dieser, notfalls eben auch per Klage, einzusetzen.

Wir werben darum unserem Antrag zur Klageerhebung hier zuzustimmen, setzen wir als Stadtrat ein Zeichen!

Sehr geehrte Damen und Herren,

insgesamt sehen wir die Problematik unserer **desaströsen Stadtfinanzen**, die zu einem großen Teil fremdbestimmt sind. Ein Teil des Schuldenbergs ist aber aus unserer Sicht auch aufgrund falscher Entscheidungen im Rat und durch den Stadtvorstand in der Vergangenheit entstanden. Auch hier und heute sehen wir nicht genug Anstrengungen im Bereich der Personalsteuerung und bei der Erfüllung der Pflichtaufgaben, die einen echten Sparwillen erkennen lassen. Aus diesen Gründen **wird die AfD-Stadtratsfraktion dem hier vorgelegten Haushaltsentwurf nicht zustimmen.**

An diese Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei der Verwaltung für bedanken, die uns als Neuling stets gut betreut hat. Mein Dank gilt auch Herrn Feid für die bereitwillige Beantwortung unserer Fragen im Vorfeld.

Ich schließe mit einem Zitat von Georg Washington: „**Neue Schulden zu machen ist nicht die feine Art, die alten Schulden auszugleichen**“

George Washington, US-amerikanischer Staatsmann

Meine Damen und Herren ich danke für ihre Aufmerksamkeit!

Jörg Matzat
Fraktionsvorsitzender
AfD-Stadtratsfraktion